

## Stadt Heidelberg

Federführung:

Dezernat II, Amt für Stadtentwicklung und Statistik

Beteiligung:

Betreff:

**Entwicklung von Leitlinien für die  
Bürgerbeteiligung in Heidelberg**

# Informationsvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	13.10.2010	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Gemeinderat	21.10.2010	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

**Zusammenfassung der Information:**

*Der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss sowie der Gemeinderat nehmen die Information zum Vorhaben, Leitlinien für die Bürgerbeteiligung in Heidelberg zu entwickeln, zur Kenntnis.*

## A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

### 1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 3	+	Bürger/-innenbeteiligung und Dialogkultur fördern Begründung: Die Vorlage zeigt erste Schritte hin zu einer weiteren Verbesserung und Verstetigung der Beteiligungsmöglichkeiten für Heidelberger Bürger/-innen

### 2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

(keine)

## B. Begründung:

### 1. Ausgangssituation

Entsprechend der Leitlinien des Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2015 ist Bürgerbeteiligung weit über den gesetzlich vorgesehene Rahmen seit Jahren wichtiges Anliegen der Stadtverwaltung. Es gibt hierfür viele gelungene Beispiele, die auch bundesweit Anerkennung gefunden haben. Aufzuführen sind hier zum Beispiel das Innenstadtforum zum Thema Einzelhandel, der Arbeitskreis zur Erschließung des Gewerbegebietes Rohrbach Süd, aber auch frühere Verfahren wie zum Beispiel die Erarbeitung der Stadtteilrahmenpläne. Immer wieder gilt es aufs Neue, „einen Interessenausgleich aller Beteiligten zu schaffen und die Gemeinwohlbelange zu berücksichtigen.“ (Stadtentwicklungsplan (STEP), S. 12)

Gleichwohl zeigen zwei Bürgerentscheide in jüngster Zeit, dass es Verbesserungsbedarf gibt. Es ist offensichtlich nicht in vollem Umfang gelungen, die Heidelbergerinnen und Heidelberger bei der jeweiligen Entscheidungsfindung des Gemeinderats mitzunehmen. Deshalb sollten – ganz im Sinne des STEP – „neue Wege in der Einbindung der Menschen in die politische und planerische Entscheidungsfindung“ beschritten werden. (STEP S. 12)

Auch andere Städte befassen sich zur Zeit sehr intensiv mit dieser Thematik und suchen nach Verbesserungsmöglichkeiten bei der Bürgerbeteiligung, so zum Beispiel Leipzig.

Dort wurde mit wissenschaftlicher Begleitung ein mehrstufiger Ansatz entwickelt, der sich wie folgt kennzeichnen lässt:

- a) Er orientiert sich an der Prozesshaftigkeit des Verwaltungs- und Politikablaufs und den Qualitätsanforderungen der Prozessschritte.

- b) Diesen Prozessschritten sind jeweils „passende“ Bürgerbeteiligungsinstrumente zugeordnet.
- c) Kernstücke sind ein für alle Aufgabenbereiche verwendbares Schema zum Verwaltungsablauf sowie die Definition der jeweiligen Leistungskriterien der Bürgerbeteiligung zu den einzelnen Ablaufschritten und der damit jeweils geltend zu machenden Beteiligungsanforderungen.“

Der Modellansatz beinhaltet weiterhin das Konzept eines Prozessmanagements mit den Aufgaben der Beratung der Beteiligten, der Steuerung der Beteiligungsverläufe und eines Qualitätscontrollings. (Klages, Keppler, Masser: Bürgerbeteiligung als Weg zur lebendigen Demokratie, herausgegeben von der Stiftung Mitarbeit, skript 04, S. 20.)

## **2. Vorschlag zum weiteren Vorgehen**

Um das Vorgehen von Leipzig besser kennen zu lernen, wird Herr Prof. em. Dr. Helmut Klages, ehemals Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, den aktuellen Diskussionsstand zur Partizipation und insbesondere die Grundzüge des Leipziger Modells im Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss vorstellen.

Im nächsten Schritt soll eine Arbeitsgruppe Leitlinien für die Bürgerbeteiligung in Heidelberg entwickeln. Diese Leitlinien haben die Funktion, Transparenz und Sicherheit für alle Beteiligten und relevanten Verfahren zu gewährleisten und Bürgerbeteiligung in Heidelberg zu verstetigen.

Die Arbeitsgruppe selbst ist ein befristet eingerichtetes Arbeitsgremium, in dem verschiedene Akteure zusammenarbeiten sollen. Idealtypisch wären hier jeweils drei Personen von Seiten der Bürgerschaft, der Verwaltung, der wissenschaftlichen Experten und der Politik vertreten.

Die Leitlinien sollen vom Gemeinderat in 2011 beschlossen werden. Die Stadtverwaltung ist fest davon überzeugt, dass eine mehrstufige Bürgerbeteiligung zu vom Gemeinderat festgelegten Themen, die auch bestimmte Qualitätskriterien erfüllt und mit ihren Ergebnissen nahtlos in den politisch-administrativen Entscheidungsprozess eingespeist wird, dauerhaft Kosten und Aufwand erspart.

gezeichnet

Dr. Eckart Würzner